



Stadt Kamen

Niederschrift

BB

über die
2. Sitzung des Behindertenbeirates
am Montag, dem 30.11.2015
im Sparkasse UnnaKamen, Sparkassenplatz 1, Kamen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Britta Dreher
Frau Petra Hartig
Frau Renate Jung
Herr Jan Kalthoff

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Frau Susanne Middendorf
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Manuela Laßen

FW/FDP

Herr Alfred Mallitzky

Sachverständige gem. Beschluss des Rates der Stadt Kamen

Herr Dietmar Clausing
Frau Brigitte Hilbk
Herr Helmut Hunsdiek
Frau Silja Poschmann
Frau Kerstin Schneider
Frau Ulrike Skodd
Frau Dagmar Wozniak
Herr Jörg Wüster

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Andreas Eichler
Herr Jörg Grudnio
Herr Jörg Mösgen
Frau Sonja Richard

Gäste

Frau Ulrike Dirzus
Frau Christa Kunstmann
Frau Ute Lindemann
Herr Frank Stewen

Entschuldigt fehlten

Frau Daniela Brock
Frau Tanja Brückel
Herr Klaus Gödecker
Herr Yannick Heineck
Herr Peter Holtmann
Frau Petra Jung
Frau Ingrid Kollmeier
Herr Ralf Langner
Herr Matthias Thomas
Frau Frauke van Lück
Frau Manuela Wolf

Frau **Jung** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Sie dankte der Sparkasse UnnaKamen für die Möglichkeit, die Sitzung in den Räumlichkeiten am Sparkassenplatz abzuhalten.

Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Vor Beginn der Tagesordnung überbrachte Herr **Heitmann** Grüße des Sparkassenvorstandes und gab einen kurzen Überblick zur aktuellen Aktienentwicklung.

Weiter wies er auf die unbürokratische Möglichkeit für Flüchtlinge hin, bei der Sparkasse UnnaKamen ein Girokonto zu bekommen. Mittlerweile seien schon ca. 50 Konten in Abstimmung mit der Stadt Kamen eingerichtet worden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Inklusion in Grundschulen Referentin: Frau Dirzus	
3	Inklusion in der Hauptschule Kamen Referent: Herr Stewen	
4	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu TOP 2.

Inklusion in Grundschulen
Referentin: Frau Dirzus

Frau **Dirzus** referierte zur Inklusionsumsetzung an Grundschulen. Für sie als Rektorin an der Diesterwegschule sei dieses Thema nicht neu. Das gemeinsame Lernen von Behinderten und nicht Behinderten wäre bereits schon länger an ihrer Schule umgesetzt worden. Als Bestätigung für dieses Engagement wies sie auf den Inklusionspreis des Kreises Unna hin, der der Diesterwegschule verliehen wurde.

Derzeit würden, so Frau Dirzus, 295 Kinder ihre Grundschule besuchen, wovon 35 unter das gemeinsame Lernen nach dem Schulrechtsänderungsgesetz fielen. Das Kollegium setze sich aus 21 Grundschullehrer/-innen, 2 Sonderpädagogen/-innen, 2 Sozialpädagogen/innen und einer Schulsozialarbeiterin zusammen. Im Moment würden Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf aus den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung beschult. Die räumliche Situation sei angepasst worden. Es gebe jetzt z. B. einen Raum mit speziellem Schallschutz.

Ob ein Kind eine spezielle Förderung haben müsse, werde bereits im Kindergarten geprüft. Es bestehe die Pflicht, zunächst alle Kinder aufzunehmen. Eine weitere Testung erfolge an der Schule, jedoch erst nach der Schuleingangsphase, die bis zu drei Jahre dauern könne.

Frau Dirzus schilderte, dass mit der Inklusionseinführung der Unterricht sehr differenziert angeboten werden müsse mit der Folge, dass die Klassen mit Lehrern doppelt besetzt sein müssten. Jedes Inklusionskind hätte einen eigenen Förderplan, der eine ständige Anpassung erfordere.

Sie gab einen Überblick über verschiedene Maßnahmen bzw. Projekte, die an der Diesterwegschule ein gemeinsames Lernen fördern sollten. So würde es ein sogenanntes Lernstudio geben, in dem mit verschiedenen Materialien gearbeitet würde, um so mehr auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Kinder eingehen zu können. Weitere Maßnahmen, das Lernen zu erleichtern bzw. zu unterstützen, seien Lernpaten aus dem 4. Schuljahr. Es gäbe die ehrenamtliche Arbeit der sogenannten Lesemütter oder aber auch das Seniorenprojekt, bei dem Frührentner gemeinsam mit Kindern arbeiten würden. Um ein besseres Miteinander aller Schüler zu erreichen, seien Streitschlichtungsprogramme eingeführt worden. Dabei gelte es, bei Streitigkeiten gemeinsam einen Lösungsansatz zu finden und zu akzeptieren. Die Einführung von Klassenräten diene ebenfalls der Stärkung, da alle Kinder daran teilnehmen und sich einbringen sollten.

Frau Dirzus beschrieb ferner, dass durch die Einführung von Lernzeiten keine Hausaufgaben mehr erforderlich seien. Es würden 4 zusätzliche Unterrichtsstunden mit entsprechender Betreuung durch Lehrer stattfinden. Die Eltern würden aber auch weiterhin in der Pflicht stehen, zuhause mit den Kindern über die Aufgaben bzw. Unterrichtsthemen zu sprechen.

Herr **Mallitzky** vertrat die Meinung, dass in den Lernzeiten die Kinder mehr abgelenkt werden könnten, als wenn sie die Hausaufgaben zuhause machen würden.

Dem entgegnete Frau **Dirzus**, dass es oftmals nicht nachvollziehbar sei, welche Hausaufgaben eigenständig durch die Schüler gemacht würden und wie viel Hilfestellung diesbezüglich die Eltern leisten würden.

Herr **Fuhrmann** sah eine gewisse Problematik beim Übergang zu weiterführenden Schulen. Das selbständige Absolvieren der Hausaufgaben werde dort vorausgesetzt.

Frau **Dirzus** verdeutlichte, dass die Zeiteinteilung sehr wichtig sei. Dieses werde aber auch im Rahmen der Lernzeiten erlernt. Darüber hinaus fördere es auch die Selbständigkeit, an gewisse Dinge heranzugehen.

Frau **Middendorf** erkundigte sich nach der Schuleingangsphase.

Frau **Dirzus** schilderte, dass die Schuleingangsphase das erste und zweite Schuljahr umfasse. Es bestehe die Möglichkeit, die Schuleingangsphase auf bis zu drei Jahre zu verlängern. Während dieser Zeit erfolge auch die

Begutachtung. Auf Antrag könnten die Schüler auch in ihrer Lerngruppe verbleiben.

Frau **Middendorf** bat um Informationen zu den Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf hinsichtlich deren Wechsel an weiterführende Schulen.

Frau **Dirzus** erklärte, dass allein die Eltern entscheiden könnten, ob ihre Kinder eine Förderschule oder eine Regelschule besuchen sollten, denn die Grundschule könne keine bindende Empfehlung aussprechen.

Herr **Mallitzky** wies darauf hin, dass das Verfahren zur Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (AO-SF) oft erst durch die weiterführenden Schulen eingeleitet würde.

Frau **Dirzus** entgegnete, dass diese Tatsache vielleicht auch dem System mit Primar- und Sekundarstufe geschuldet sei. Ihrer Ansicht nach sollte die Grundschulzeit länger sein.

Frau **Hartig** erkundigte sich nach den Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer zum Thema Inklusion.

Frau **Dirzus** vertrat die Auffassung, dass das Land NRW als Dienstherr und Arbeitgeber aller Lehrer mehr Fortbildungen anbieten müsse. Es werde vorausgesetzt, dass Regelschullehrer, was den Umgang mit Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf angehe, hinreichend geschult seien.

Herr **Hunsdiek** fragte nach der Eingliederung von Flüchtlingskindern.

Derzeit würden, so Frau **Dirzus**, erst 9 Flüchtlingskinder an der Diesterwegschule unterrichtet. Anfänglich hätten sich viele Probleme gezeigt, insbesondere hätte auch das Heimweh der Kinder eine große Rolle gespielt. Die Einrichtung einer Willkommensklasse speziell für Flüchtlingskinder müsse noch geprüft werden.

Zu TOP 3.

Inklusion in der Hauptschule Kamen
Referent: Herr Stewen

Der Rektor der Hauptschule Kamen, Herr **Stewen**, gab kurz einen Überblick zur Schülerzahl und zum Lehrerkollegium. Derzeit würden 375 Schülerinnen und Schüler die Hauptschule besuchen, wovon 51 Kinder unter Inklusionsgesichtspunkten unterrichtet würden. Neben den 27 Lehrern würden zusätzlich 3 Sozialpädagogen an seiner Schule tätig sein.

Seine Schule hätte sich ebenfalls schon früh mit dem Thema Inklusion beschäftigt. Er schilderte einen Fall, bei dem ein lernbehindertes Mädchen durch zielgerichteten Unterricht und spezielle Förderung in der Lage gewesen sei, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Was die Inklusionsumsetzung angehe, sehe er die Herausforderung auf dienstlicher, menschlicher und fachlich-inhaltlicher Ebene. Durch den Auflösungsprozess bei Förderschulen sei ein komplett anderer Rahmen für die allgemein weiterführenden Schulen geschaffen worden mit direkten Auswirkungen auf das Lehrpersonal. Zum einen sei der Personalschlüssel nicht merklich angepasst worden und zum anderen müssten die Lehrer mit klassischer Ausbildung die Arbeit von Sonderpädagogen leisten.

An seiner Schule sei ein Inklusionsteam gebildet worden, um einen gesteigerten Austausch zwischen Regelschullehrern und Sonderpädagogen zu erreichen, denn allein durch eine bessere Kommunikation untereinander könne mehr Förderung erreicht werden. Herr Stewen wies darauf hin, dass aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungen bei Lehrern und Sonderpädagogen inhaltlich andere Schwerpunkte gesetzt würden, was sich auf den Unterricht und auch auf den Umgang mit den Inklusionskindern auswirke.

Frau **Hartig** erkundigte sich nach den Schulsozialarbeitern an der Hauptschule Kamen.

Derzeit würden, so Herr **Stewen**, 1,5 Schulsozialarbeiterstellen an der Hauptschule Kamen vorgehalten. Darüber hinaus würden vier Integrationshelfer das Kollegium unterstützen.

Herr Stewen schilderte weiter, dass für die Kinder mit sonderpädagogischen Bedarf beschreibende Zeugnisse ausgestellt werden müssten, was sich als sehr zeitaufwendig darstelle.

Herr **Hunsdiek** bat um Auskunft zu dem Thema Schulverweigerer.

Herr **Stewen** erklärte, dass es immer wieder vorkäme, dass Kinder nicht zur Schule kommen würden. Derzeit würden ca. 3-4 Kinder nicht den Unterricht besuchen. Es gäbe einen sog. Schwänzerplan, der von den Schulsozialarbeitern erarbeitet worden sei.

Darüber hinaus gab Herr Stewen zu bedenken, dass Lehrer mit klassischer Ausbildung weit weniger verdienen würden als Sonderpädagogen. Die Hauptschule Kamen sei zwar durch den Kreis Unna als Vorreiterschule, was die Umsetzung von Inklusion angehe, benannt worden. Dennoch werde an Lehrerstellen gespart, was auf Kosten der zu fördernden Kinder gehe. Er gehe davon aus, dass in naher Zukunft nicht mehr genügend Förderlehrer vorhanden seien. Schon jetzt fehle der Erfahrungsaustausch mit Lehrern, die sich bereits mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf intensiv auseinandergesetzt hätten. Die Inklusion an allgemein bildenden Schulen stecke quasi noch in den Kinderschuhen.

Auf die Frage von Frau **Middendorf**, wie viele Sonderpädagogen an den städtischen Schulen unterrichten würden, antwortete Herr **Mösgen**, dass ihm diese Zahlen nicht bekannt seien. Sollte der Schulverwaltung eine entsprechende Übersicht vorliegen, werde diese dem Protokoll beigelegt.

Bezüglich der Berufseinstiegsphase erklärte Herr **Stewen**, dass sich der Übergang von Schule zum Berufsleben bei den meisten Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf relativ schwierig darstelle. Seitens der Schule könnten lediglich Empfehlungen ausgesprochen werden, ob eine Ausbildung oder aber die Arbeit in einer speziellen Fördereinrichtung dem Kind die besten Chancen einräume.

Frau **Hartig** erkundigte sich nach Flüchtlingskindern, die eine schulische Inklusion beanspruchen.

Herr **Stewen** beschrieb den Fall eines Flüchtlingskindes, das einer sonderpädagogischen Förderung bedurfte. Er verwies auf das Go-In-Projekt seiner Schule. Dort würden z. Zt. 25 Mädchen und Jungen unterrichtet, die über unzureichende Deutschkenntnisse verfügten. Von diesen Kindern seien seiner Meinung nach zwei lernbehindert. Es sei jedoch schwierig, für diese

beiden Kinder eine sonderpädagogische Expertise zu erstellen. Die weitere Integration sei abzuwarten.

Zum Abschluss dankte Frau **Jung** beiden Referenten für die umfassenden Informationen.

Zu TOP 4.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Herr **Hunsdiak** bat um Informationen zu der behindertengerechten Ausgestaltung der Bushaltstellen im Kreis Unna.

Frau **Jung** erläuterte, dass beabsichtigt sei, an Haltestellenmasten, an denen Fahrplanhalter bzw. Mülleimer befestigt seien, Kunststoffringe auf dem Boden zu installieren, um sehbehinderten Menschen die Orientierung zu erleichtern, denn üblicherweise würden Personen, die sich mit Hilfe eines Stockes zurecht finden müssten, diese Barrieren nicht ertasten. Derzeit würden alle Haltestellen überprüft. Die VKU könne für diese Maßnahme öffentliche Mittel beim Kreis beantragen.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Bahnhofsumbau

Herr **Mösgen** erklärte, dass nach Auskunft der Deutschen Bahn AG die Hauptbaumaßnahmen an den Bahnsteigen des Kamener Bahnhofs zum Jahresende beendet würden. Mit dem Einbau der Aufzüge könne zum Ende des 1. Quartals 2016 gerechnet werden.

Peter-Schroeders-Stiftung

Herr **Mösgen** wies auf die Peter-Schroeders-Stiftung hin, die mit einem Stiftungsvermögen von seinerzeit 300.000 DM gegründet worden sei. Zweck dieser Stiftung sei die Unterstützung bei geistiger Behinderung. Bei Beantragung sei der Verwendungszweck zu benennen und dieser gelte nur für Maßnahmen im Kreis Unna.

Die Frage des Herrn **Hunsdiak**, ob Schulen auch aus dem Stiftungsfonds profitieren könnten, wurde bejaht.

Ökostation

Frau **Jung** wies auf die schlechte Parksituation an der Ökostation des Kreises Unna in Bergkamen hin. Es gäbe lediglich einen Behindertenparkplatz. Es sei nun mit der Verwaltung der Ökostation abgesprochen worden, dass bei Veranstaltungen weitere Parkplätze für Gehbehinderte in unmittelbarer Nähe des Gebäudes reserviert werden könnten. Zwecks Kontaktaufnahme gab sie die Telefonnummer 02389-98090 an die Beiratsmitglieder weiter.

Anfragen

Kamener Winterwelt

Frau **Middendorf** machte auf den nicht behindertengerechten Zugang zur Schirmbar auf der Kamener Winterwelt aufmerksam.

Herr **Mösgen** sicherte zu, dies an den entsprechenden Fachbereich weiter zu geben.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei der ersten Winterwelt hatte es den Versuch gegeben, mit einer selbst gebauten Rampe einen rollstuhlgerechten Zugang zu schaffen. Das scheiterte, da die Rampe aus Holz und das Zugangsplateau aus Metall zu größeren Behinderungen und Rutschgefahren führte. Zudem müsste, um einen behindertengerechten Eingang zu schaffen, die Eingangstür sich automatisch öffnen lassen, was aus Kostengründen nicht möglich ist.

Ehrungen

Herr **Henning** wies darauf hin, dass bei Gratulationen durch die Stadt Kamen von den zu Ehrenden nicht erwartet werde, eine kleine Feier oder dergleichen auszurichten. Es gehe letztendlich nur um die Überbringung von Glückwünschen und die Überreichung eines Präsentes.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

Zum Schluss sprach Frau **Jung** dem 1. Beigeordneten, Herrn Mösgen, ihren Dank für die gute Zusammenarbeit aus und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.

gez. Renate Jung
Vorsitzende

gez. Jörg Grudnio
Schriftführer